

Der Iran und seine arabischen Nachbarn

Das geistige Umfeld des schiitischen Fundamentalismus

Der in der Tradition der Rechtsschule der Hanbaliten stehende heutige islamische Fundamentalismus ist eine sehr heterogene Erscheinung. Darüber können auch gewisse Gemeinsamkeiten der einzelnen Bewegungen nicht hinwegtäuschen, wie etwa die Rückführung der Gesetzgebung auf das islamische Recht (Schariya), die Betonung traditioneller Sitten und Gebräuche und die Zurückweisung westlichen Kulturguts. Der iranische Versuch der Schaffung einer von Rechtsgelehrten geführten islamischen Republik stellt jedoch ein Extrem dar, das nicht überall als nachahmenswert betrachtet wird. Gleichwohl hat die Revolution der Mullahs im Iran ein Signal gesetzt, das auch den Fundamentalisten anderer Länder neuen Auftrieb gibt. (Vgl. auch HK, Mai 1979, S. 257 ff. und HK, August 1981, S. 415 ff.)

Der sunnitische Fundamentalismus

Die derzeit aktivste fundamentalistische Bewegung unter den Sunniten ist die in zahlreichen arabischen Ländern vertretene *Muslim-Bruderschaft*. 1929 in Ismailia von Hassan al-Banna (1906–1949) gegründet, verstand sie sich zunächst als Reaktion auf die Verwestlichung der unter dem Kolonialismus lebenden ägyptischen Gesellschaft. Darüber hinaus wollte man aber die gesamte islamische Welt auf der Grundlage des Koran und der Schariya einigen und erneuern. Die politische Führung sollte einer ausgeprägten, auf dem Boden des Islam stehenden Persönlichkeit anvertraut werden, die – hier wirkte der Gedanke des Kalifats nach – keineswegs ein Rechtsgelehrter sein mußte. Ein aus Rechtsgelehrten und anerkannten sozialen Führern zusammengesetztes *Parlament mit beratender Funktion* sollte ihn unterstützen und insbesondere auf die Übereinstimmung der Gesetze mit dem Koran achten.

Die Bruderschaft rekrutierte ihre Mitglieder vor allem aus den *sozial benachteiligten Schichten* in den Städten und auf dem Lande und zählte allein in Ägypten zeitweilig etwa zwei Millionen Anhänger. Mit der Gründung paramilitärischer Gruppen wurde sie in den späten vierziger Jahren zu einer ernsthaften Gefahr für den Staat und schließlich 1954 in Ägypten verboten. Nach dem Regierungsantritt Sadats, selbst ehemals Sympathisant der Bruderschaften, wurden ihre kulturellen Aktivitäten wieder stillschweigend geduldet, als Organisation blieben sie jedoch weiterhin verboten.

Von den Lehren der Bruderschaften inspiriert, entstanden nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1967 kleinere militante Gruppen, deren Ziel ebenfalls die Errichtung eines islamisch geprägten Staates war. Hierzu gehörten z. B. die „Islamische Befreiungs-Organisation“, die 1974

einen Militärputsch versuchte, und die Organisation „Reue und Heilige Flucht“, die u. a. 1977 den ägyptischen Religionsminister ermordete. Eine Nachfolgerin dieser etwa 3000–5000 aktive Mitglieder zählenden Gruppe war die 1980 enttarnete Bewegung „Heiliger Krieg“, aus deren Umkreis möglicherweise auch die Sadat-Attentäter kamen.

Die zahlreichen, meist unabhängig voneinander operierenden kleineren Gruppen vertreten einen *Pan-Islamismus*, der sich als Gegengewicht zum westlichen Kapitalismus wie zum Marxismus versteht. Die Grundlage des Staatswesens bilden der Koran und das islamische Gesetz, dem die Staatsführung und das Parlament allein verpflichtet sind. Das Staatsoberhaupt muß ein religiös vorbildlicher Führer, aber nicht unbedingt ein Rechtsgelehrter sein. Überhaupt wird die *Rolle der Rechtsgelehrten* in einem zukünftigen islamischen Staat recht kontrovers beurteilt – viele Militante betrachten die derzeit führenden Rechtsgelehrten Ägyptens eher als willige Instrumente der gegenwärtigen Staatsführung.

Als Keimzelle der Gesellschaft gilt entsprechend der Lehre des Islam die *Familie*, wobei die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter betont wird. Dies schließt die politische Betätigung von Frauen aber keineswegs aus. So waren in der Bewegung „Reue und Heilige Flucht“ etwa 80 Frauen, während andere Gruppen ausschließlich von Männern gebildet wurden. Unter den geistigen Führern der Bruderschaften steht nach dem greisen Omar al-Telmesani sogar eine Frau, *Zeinab al-Ghazali*, an zweiter Stelle. Sie ließ in einem Interview für die Zeitschrift „Middle East“ (5/1981) gewisse Sympathien für das iranische Modell erkennen. *Direkte* Beziehungen einzelner Gruppen zum Iran sind aber bisher nicht erwiesen, und ihre doch oft diffusen politischen Vorstellungen lassen nicht unbedingt den Schluß zu, man strebe hier eine islamische Republik nach iranischem Vorbild an.

Die Muslim-Bruderschaften außerhalb Ägyptens

Die Zweig-Organisationen der Bruderschaften in anderen arabischen Ländern operieren heute unabhängig und ohne direkte organisatorische Beziehungen zu Ägypten. In Syrien, wo die Bruderschaft gleichfalls verboten ist, stellt sie eine ernste Bedrohung für die Regierung *Assad* (eines schiitischen Alawiten) dar, wie die blutigen Ereignisse vom Februar 1982 in Hama zeigten. Der gemäßigte Flügel der Bruderschaft strebt unter Führung von *Adnan Saaduddin* eine auf dem Islam basierende Demokratie auf *nationaler* Ebene an. Dieser Nationalismus zeigt, wie auch

das Wirtschaftsdenken, das eine zentrale Rolle spielt, deutliche Einflüsse des Baath-Sozialismus. Dies ist nicht allzu verwunderlich, finden sich unter den Fundamentalisten doch viele, die von der arabischen Variante des Sozialismus enttäuscht sind.

Entsprechend soll im Wirtschaftsberich der *private Sektor* begrenzt werden. Die Schlüsselzweige der Wirtschaft sollen in staatlicher Hand bleiben, wobei man die Mitbestimmung der Arbeiter allerdings erweitern möchte. Das Bankwesen soll nach islamischen Prinzipien arbeiten und nicht auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet sein, sondern nur der Regulierung der Wirtschaft dienen. Dieses wenn auch recht vage Programm zeigt Parallelen zum Iran – auch dort will man ja die Wirtschaft einer stärkeren staatlichen Lenkung unterwerfen. Die Diskussion über eine *islamische Wirtschaftsordnung* wird allerdings in allen fundamentalistischen Bewegungen recht kontrovers geführt, wie z. B. auch die Blockierung des Gesetzes über die Verstaatlichung des Außenhandels im iranischen „Wächterrat“ zeigt.

Außenpolitisch betont die syrische Bruderschaft die Rolle der islamischen Gemeinschaft, deren Aufgabe insbesondere die Rückeroberung Palästinas sei, wobei man den Juden nur ein Siedlungsrecht als Minderheit zugesteht. Auch diese Vorstellungen decken sich mit denen des Iran, der jedoch gerade wegen seiner Beziehungen zur UdSSR nur bedingt als Vorbild akzeptiert wird. Nur der von Adnan Aklah geführte *radikale Flügel* der syrischen Bruderschaft betrachtet den Iran als fast in jeder Hinsicht vorbildlich – entsprechend möchte er in Syrien auch ein strikt islamisches Regime errichten.

Im März 1982 ging der von *Saaduddin* geführte Teil der Bruderschaft eine „Nationale Allianz für die Befreiung Syriens“ mit u. a. Vertretern des pro-irakischen Baath-Flügels, ehemaligen Nasseristen und Arabischen Sozialisten, ein – auch dies ein Zeichen, daß man dem Iran nicht in allen Belangen folgt. Die Charta der Allianz, der der radikale Teil der Bruderschaft nicht beitrug, verrät in wesentlichen Punkten die Handschrift der Bruderschaft. So soll der Islam als Staatsreligion Grundlage der Gesetzgebung sein. Über den Sturz der Regierung Assad hinaus strebt man die Befreiung Palästinas und als Endziel die arabische Einheit an.

Diese Allianz erhält möglicherweise *Unterstützung aus dem Irak*, in jedem Fall aber wohl aus den Ölstaaten am Persischen Golf. Gerade in den kleineren Golfstaaten haben der Bruderschaft nahestehende Fundamentalisten eine starke Basis. So kontrollieren sie die meisten Studentenvertretungen an den Universitäten, und im Frühjahr 1981 wurden immerhin fünf Vertreter einer „Sozialen Reform-Vereinigung“ in das kuwaitische Parlament gewählt, denen Affiliationen zur Bruderschaft nachgesagt werden. Sie gehören zum gemäßigten Flügel, während etwa Anhänger der radikalen „Neuen Saat“ für die Besetzung der Moschee in Mekka im November 1979 verantwortlich gemacht wurden.

Der schiitische Fundamentalismus

Im *Irak*, von dessen 13 Millionen Einwohnern etwa 50% der Schia angehören dürften, gibt es zwei bedeutendere, im Untergrund arbeitende Fundamentalisten-Bewegungen. Sie orientieren sich an der Lehre des *Muhammad Bakr al-Sadr* (1930–1980), die den Vorstellungen Khomeinis und der iranischen Mullahs recht nahe steht. Nach Bakr soll an der Spitze des Staates der höchste Rechtsgelehrte als Stellvertreter des verborgenen Imam stehen, gewählt durch das Volk (gegebenenfalls durch allgemeinen Konsens) oder durch einen „Rat der Hundert“. In Zusammenarbeit mit diesem Rat überwacht das Staatsoberhaupt die Gesetzgebung und bestätigt u. a. auch die Regierung in ihrem Amt.

Auch das Wirtschaftsprogramm zeigt offensichtlich *Parallelen zum Iran*. Geld soll nur die Rolle eines Tauschmittels spielen, und bei striktem Zinsverbot dürfen die Banken nur eine regulierende Funktion zum Nutzen der Gesellschaft ausüben. Ansonsten soll sich die Wirtschaft in Grenzen selbst regeln, wobei der Staat aber zum Schutz der unteren Schichten, denen ein gewisser Lebensstandard garantiert werden muß, eingreifen darf. Das Einkommen des Einzelnen soll sich dabei sowohl am Bedürfnis als auch an der Leistung orientieren.

In einer leicht verständlichen Form vorgetragen, fanden diese keineswegs neuen Gedanken dank der persönlichen Ausstrahlung Bakrs rasche Verbreitung, zumal die irakischen Schiiten meist den ärmeren Schichten angehören. Unter ihnen sind viele ehemalige Bauern, die in der Hoffnung auf besseren Verdienst in die Städte zogen und dort jetzt in Slums leben – ähnlich den Volksmassen in Teheran, die einen der Stützpfiler des dortigen Regimes bilden.

Vor allem Bakrs Wirtschaftslehre zog viele irakische Studenten an, unter denen dann 1979 die Bewegung der „*Mudjahidin*“ entstand, die mit ihrem iranischen Pendant aber nur den Namen gemein hat. Sie wird von *Muhammad Aziz al-Hakim* geleitet, einem Sohn des 1970 verstorbenen Oberhauptes der irakischen Schiiten Muhsin al-Hakim, und lehnt sich eng an die Linie des Ayatollah Khomeini an. Vom Iran gefördert, ist sie für mehrere Anschläge gegen irakische Einrichtungen in der jüngsten Zeit verantwortlich.

Bereits Ende der sechziger Jahre war eine andere Bewegung aufgetreten, *Al-Da'wah al-Islamiya* (Der islamische Ruf), die ihr Zentrum in Nadjaf, einer der heiligen Stätten der Schiiten, hat. Von Rechtsgelehrten der unteren und mittleren Ränge getragen, ging es ihr zunächst hauptsächlich darum, eine weitere religiöse Entfremdung der Gläubigen zu verhindern. Als Oppositionsgruppe wurde sie anfänglich auch durch den Iran unterstützt, während Khomeini, der 1964–1968 in Nadjaf im Exil lebte, zunächst kein allzu großes Ansehen bei ihr genoß. Unter dem Eindruck der iranischen Ereignisse hat sich die Da'wah-Bewegung gespalten. Eine 1980 ins Leben gerufene „Organisation für islamische Aktion“ betont den

Pan-Islamismus, wendet sich aber gegen politisches Abenteuerum. Daneben gibt es einen gemäßigten Da'wah-Flügel, der die pragmatische Linie des im Iran inzwischen in Ungnade gefallenen Ayatollah Shariat-Madari verfolgt. Die radikalen Mitglieder der Organisation votieren dagegen eindeutig für Ayatollah Khomeini.

Seit dem Tode Bakrs fehlt der Bewegung eine einigende Persönlichkeit, so daß militante Untergrundgruppen, wie etwa eine „Revolutionsarmee für die Befreiung des Irak“, vielfach eigene Wege gehen. Einigungsversuche wie der des Ayatollah *Muhammad Bakr al-Hakim* (ein Bruder Muhammad Aziz al-Hakims), der 1980 im Iran eine „Gemeinschaft der Ulama“ gründete und mit dieser den Iran im Krieg gegen den Irak unterstützt, waren bisher nicht allzu erfolgreich.

Gerade die Beziehungen von Teilen der Da'wah zum Iran machen diese im übrigen für viele irakische Schiiten suspekt. Als Nationalisten haben sie gewisse Antipathien gegen den Iran, und die Unterdrückung der arabischen Minderheit in Khusistan, der sie ethnisch verwandt sind, steigert den Argwohn nur. Auch die Mehrheit der Da'wah-Anhänger baut deshalb mehr auf ein Zusammengehen mit anderen irakischen Oppositionsgruppen. So schloß man im Frühjahr 1981 ein Bündnis mit der Demokratischen Partei Kurdistans der Brüder Barzani, den Arabischen Sozialisten und oppositionellen Teilen der Baath-Partei. Ähnlich wie in Syrien dürfte dieser Bund aber auf etwas schwankendem Grund stehen und mehr der augenblicklichen Taktik dienen.

Die etwa eine Million Schiiten des *Libanon* (Middle East 2/1981, nach anderen Quellen erheblich weniger) fanden erst zu Beginn der siebziger Jahre unter dem Imam Mussa-Sadr zu einer gewissen Einheit (der Imam ist 1978 auf einer Reise nach Libyen verschollen). Aus seiner „Bewegung für die Unterdrückten“ entstand 1975 die Gruppe „Amal“ (Hoffnung), deren etwa 5000 aktive Mitglieder von dem ehemaligen Baath-Sozialisten *Nabih Berri* geführt werden. Sie betont zwar auch das religiöse Moment und arbeitet mit der geistlichen Führung der Schiiten zusammen, doch geht es ihr letztlich mehr um eine Ausweitung des politischen Einflusses der Schiiten im gegenwärtigen System des Libanon. Dabei bekämpft sie wohl die christlichen Milizen als auch die Linksparteien. In letzter Zeit hatte sie auch mehrfach blutige Zusammenstöße mit der PLO. Ihre Spaltung in mehrere Fraktionen, deren pro-iranische im Juni 1982 vorerst ausgebootet wurde, läßt sie jedoch nicht sonderlich stark erscheinen. Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon verhielt sich Amal, die ihre Hochburgen im Süden und Nordosten des Libanon sowie in West-Beirut hat, zunächst abwartend (vgl. *Le Monde*, 30. 7. 82).

Die in den Ölstaaten am Persischen Golf lebenden Schiiten bedrohen dort gleichfalls das politische und soziale Gefüge, zumal sie als zahlenmäßig starke Minderheit (in Bahrain stellen sie sogar 50% der Bevölkerung) meist sozial unterprivilegiert sind. Ende 1981 wurde z. B. in Bahrain ein allerdings dilettantisch vorbereiteter Umsturzversuch der „Islamischen Front für die Befreiung Bahraïns“

aufgedeckt, an dem auch Staatsangehörige anderer Golfstaaten beteiligt waren. Die Hintermänner des Putschversuches waren wohl Exil-Bahrainis, die wie ihr Imam Hadi al-Mudarasi in Teheran leben. Der Iran selbst leugnete allerdings jegliche Beteiligung an dem Komplott.

Die iranische Gefahr

Trotz mancher ideologischer Übereinstimmung hat der Iran bisher offensichtlich kaum *direkten* Einfluß auf die verschiedenen fundamentalistischen Gruppen genommen, sieht man vom Irak ab. Offiziell wird betont, man habe nicht nötig, die Revolution mit Mitteln des Terrors zu exportieren. Vielmehr vertraue man auf das *Vorbild*, also einen „friedlichen Export“ der Revolution (Staatspräsident Khomeini lt. *Teheran Times*, 27. 12. 81). Andererseits sieht man sich aber als „Speerspitze der islamischen Bewegung“, und zu den Prinzipien der iranischen Außenpolitik gehören denn auch die Einheit der Muslime und der Kampf gegen ihre Feinde. Diese Feinde sieht man nicht nur in den USA oder Israel, sondern auch im arabischen Lager selbst, namentlich im Irak. In diesem Sinne will man auch „Befreiungsbewegungen“ in arabischen Ländern unterstützen (vgl. *Kayhan International*, 28. 2. 82).

Im Krieg gegen den Iran geht es dem Irak denn auch nicht nur um Grenzkorrekturen oder gar Landgewinn, vielmehr wollte man darüber hinaus der militärischen und ideologischen Bedrohung durch den Iran zuvorkommen. Ayatollah Khomeini hatte seine Ablehnung des irakischen Sozialismus nie verhehlt und nach seiner Rückkehr in den Iran die Iraker wiederholt zum Sturz ihrer Regierung aufgerufen. Die – zumindest verbale – Unterstützung der schiitischen Opposition im Irak durch den Iran ist zudem eine ernst zu nehmende Gefahr für die Regierung *Saddam Husseins*.

Die Kriegserfolge des Iran haben die Befürchtungen der anderen Staaten der Region verstärkt, der Iran strebe die Hegemonie am Golf an und könnte versucht sein, nun auch die schiitischen Gruppen der dortigen Länder als „fünfte Kolonne“ zu benutzen. Die Golfstaaten haben sich deshalb enger zusammengeschlossen und im Mai 1981 den *Gulf Co-operation Council* gegründet, dessen Fernziel die politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Integration der Region ist. Der GCC, dessen Vorbild u. a. die EG ist, wird von einem „Obersten Rat“ geleitet, der Versammlung der Staatsoberhäupter von Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ihn unterstützen der von den Außenministern gebildete Ministerrat und ein Generalsekretariat, das vor allem für die Planung der zukünftigen gemeinsamen Politik zuständig ist.

Die Auswirkungen sind in erster Linie im *militärischen Bereich* spürbar. Saudi-Arabien schloß mit Bahrain, Oman, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten Sicherheitspakete ab, die sich vor allem gegen eine iranische Be-

drohung richten (Kuwait hat einen derartigen Pakt bisher abgelehnt). Der saudi-arabische Innenminister bezeichnete die Iraner sogar als die „Terroristen der Golf-Region“ (Kuwait Times, 27. 12. 81), und so ist die *Parteinahme der Ölstaaten für den Irak* nur allzu verständlich. Versuche des Iran, zu den kleineren Golfstaaten bessere Beziehungen herzustellen, schlugen bisher fehl. Auch zu den meisten anderen Staaten der arabischen Welt hat er ein sehr gespanntes Verhältnis. Ende 1981 wurde der iranische Geschäftsträger im Nordjemen ausgewiesen, nachdem er dort eigenhändig Flugblätter gegen den Irak verteilt hatte. Und im Juni 1982 wies der Sudan alle iranischen Diplomaten wegen „feindlicher Aktivitäten“ aus, ohne daß der Vorwurf konkretisiert wurde.

Änderungen im Verhältnis zur Sowjetunion

Damit besitzt der Iran im arabischen Lager nur noch wenige Freunde. Hierzu zählen vor allem Libyen und Syrien, mit denen im Juni 1982 offiziell Pläne zur Aufstellung einer *Freiwilligen-Armee für den Libanon* besprochen wurden. Ebenso vereinbarte man im April 1982 eine engere

politische und wirtschaftliche *Zusammenarbeit mit dem Südjemen*. Hierbei handelt es sich um Staaten, die trotz teilweiser ideologischer Gegensätze recht gute Beziehungen zur UdSSR unterhalten. Und auch der Iran selbst betrachtet die Sowjetunion nicht mehr als feindliches Land. Zu dem mittlerweile fast gutnachbarlichen Verhältnis dürfte sicher auch die Lieferung sowjetischer Waffen beigetragen haben, die der Iran über Libyen, Syrien und Nordkorea erhielt. Die Vertiefung der Beziehungen wird dabei besonders deutlich an den zahlreichen Handelsabkommen, die der Iran in letzter Zeit mit der UdSSR und anderen Staaten des Ostblocks abschloß.

Der *vermehrte Einfluß der Sowjetunion im Iran* ist eine vielleicht noch größere Gefahr für die Golfregion als der iranische Fundamentalismus. Denn dieser ist als extreme Variante nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragbar, zumal dort bereits auf eigenen Traditionen aufbauende fundamentalistische Bewegungen existieren. Die Annäherung an die UdSSR schadet darüber hinaus sogar dem „Export“ der iranischen Revolution. Eine mit dem Iran verbündete Sowjetunion wäre ein politischer und militärischer Machtfaktor, der die Kräfteverhältnisse in der Region weit eher und tiefgreifender verändern könnte.

Peter Drews

Interview

Was kann die katholische Soziallehre leisten?

Ein Gespräch mit Professor Walter Kerber

Nicht nur die Enzyklika „Laborem exercens“ hat das Interesse auf die katholische Soziallehre gelenkt; auch angesichts der gegenwärtigen gesellschafts- und sozialpolitischen Probleme ist die Frage naheliegend, inwiefern die Orientierung an der Soziallehre der Kirche hilfreich sein kann. Wir sprachen darüber mit Professor Walter Kerber SJ (München). Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr Professor Kerber, man kann zur Zeit immer wieder hören, daß es ein verstärktes Interesse an der katholischen Soziallehre gebe, nachdem vor nicht allzu langer Zeit über ihre Vernachlässigung geklagt wurde. Ist das vor allem Zweckpropaganda der Leute, die dieses Fach hauptberuflich betreiben, oder steckt mehr dahinter?

Kerber: Vom neuen Aufschwung der katholischen Soziallehre höre ich spätestens seit dem Katholikentag von Mönchengladbach 1974. Tatsächlich werden in der letzten Zeit soziale Grundsatzfragen wieder stärker erörtert, und damit ist auch das Interesse dafür gewachsen, was die Kirche zu diesem Thema zu sagen hat. Beispielsweise hat

der Sammelband „*Texte zur katholischen Soziallehre*“ einen überraschend starken Absatz gefunden, allerdings mehr noch in außerkirchlichen Kreisen als in kirchlichen selbst. Nur habe ich manchmal ein wenig den Eindruck, mit der katholischen Soziallehre verhalte es sich wie mit der Wirtschaft, von der wir dauernd hören, daß der Aufschwung kommt, und froh wären, wenn er endlich käme.

HK: Liegt das nicht daran, daß in der Aufbauphase der Bundesrepublik in beträchtlichem Umfang Grundgedanken der katholischen Soziallehre politisch umgesetzt wurden, dann aber für die Soziallehre die Versuchung um so größer war, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen?

Kerber: Das ist sicher ein Grund: Wesentliche Elemente der katholischen Soziallehre sind in das Grundgesetz und in dessen Ausgestaltung durch die obersten Gerichte eingegangen und damit Verfassungswirklichkeit geworden. Insofern war zu diesen Grundgedanken wirklich nicht mehr viel zu sagen. Sobald allerdings solche Grundwerte in Frage gestellt werden, gewinnt die Soziallehre der Kirche sofort wieder an Aktualität.